



Martin Kern  
SPD/Parteifreie Bürger  
Mitterbuch 7  
85656 Buch am Buchrain

28.07.2014

Gemeinde Buch am Buchrain  
Fröbelweg 1  
85669 Pastetten

## **Anträge zur Tagesordnung: Gemeinderatssitzung 05.08.2014: Verkehrssicherheit**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

der Durchgangsverkehr in unserem Dorf ist seit Eröffnung des Autobahnabschnitts Pastetten deutlich angestiegen. Laut Verkehrszählung befahren täglich im Schnitt 7 600 Fahrzeuge die Hauptstraße (Staatsstraße 2332). Dass damit eine erhöhte Gefährdung insbesondere für Fußgänger und Radfahrer einhergeht, ist unbestritten. Daher müssen dringend Maßnahmen getroffen werden, um die Verkehrssicherheit innerorts zu erhöhen. Dies regt u. a. auch die Modellstudie „Älter werden auf dem Lande“ an.

### **Antrag 1: Geschwindigkeitsmesstafeln**

Wir begrüßen die Anschaffung und Montage von Geschwindigkeitsmesstafeln, derzeit an den Ortseingängen entlang der Staatsstraße. Zusätzlich sollte allerdings ein weiterer „bremsender“ optischer Effekt für zu schnell fahrende Fahrzeuge angebracht werden. So könnte beispielsweise bei Geschwindigkeitsüberschreitungen der Hinweis „LANGSAMER!“ aufleuchten. So würde die Wirksamkeit der Geschwindigkeitsmesstafeln verbessert werden. Zusätzlich sollten die Anzeigegeräte der Sammlung von Daten zu Verkehrsmenge und Geschwindigkeiten dienen, um damit eine weitere Argumentationsgrundlage in der Diskussion mit übergeordneten Behörden zu haben.

Der Gemeinderat möge beschließen, Angebote für Zusatzmodule zu den bestehenden Geschwindigkeitsmesstafel einzuholen. Diese Module sollen bei Geschwindigkeitsüberschreitungen ein zusätzliches optisches Signal an die Verkehrsteilnehmer abgeben. Sofern die vorhandenen Anzeigegeräte über keine Möglichkeit zur Speicherung der angezeigten Daten verfügen soll dies nachgerüstet werden.

## **Antrag 2: Geschwindigkeitskontrollen**

Unserer Gemeinde ist es nicht möglich die Verkehrsbelastung, also die Anzahl der Fahrzeuge, zu verringern. Auch die Forderung nach einer Geschwindigkeitsbeschränkung im Ortskern auf 30 km/h wird nicht durchsetzbar sein. Die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Inneren legt klar fest, dass Ortsdurchfahren von Bundes- und Staatsstraßen in staatlicher Baulast „in der Regel eine Befahrbarkeit mit der innerorts zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h“ aufweisen müssen.

Doch die Geschwindigkeitsmessungen im Rahmen der Verkehrszählung zeigen, dass innerorts schneller als 50 km/h gefahren wird.

Der Gemeinderat möge beschließen, dass verstärkt Geschwindigkeitskontrollen entlang der Hauptstraße (Staatsstraße 2332) durch die kommunale Verkehrsüberwachung Südostbayern durchgeführt werden. In regelmäßigen zeitlichen Abständen (mindestens einmal monatlich) sollen Kontrollen an unterschiedlichen Tagen und Uhrzeiten, an unterschiedlichen Stellen, stattfinden. Dabei sollen Uhrzeiten mit erhöhtem Verkehrsaufkommen, welche sich aus den Verkehrszählungen der Gemeinde herauslesen lassen, für Geschwindigkeitsmessung bevorzugt werden. Als Zeitraum für die verstärkten Geschwindigkeitskontrollen wird ein Zeitraum von mindestens sechs Monaten angesetzt. Der Gemeinderat ist über die Termine der Geschwindigkeitsmessungen zu informieren.

## **Fußgängerüberweg (Zebrastreifen)**

Der Zebrastreifen in der Ortsmitte dient insbesondere Schulkindern, Kirchgängern und Familien mit Kleinkindern als Übergang über die stark befahrene Hauptstraße. Aufgrund des gestiegenen Verkehrsaufkommens müssen Maßnahmen getroffen werden, den Fußgängerüberweg sicherer und deutlich sichtbarer zu machen.

## **Antrag 3: Blinklicht**

Eine praktikable Möglichkeit ist, unserer Auffassung nach, das Anbringen von gelben Blinklichtern am Zebrastreifen. Diese Warnleuchten werden durch Fußgänger mittels Bewegungssensor aktiviert. So erhalten Autofahrer ein zusätzliches optisches Signal, welches zur Vorsicht mahnt und vor einer möglichen Gefahr warnt (vgl. § 38 StVO). Dieses Lichtsignal würde in den Herbst- und Wintermonaten, bzw. generell bei schlechter Sicht, die Sicherheit am Zebrastreifen deutlich erhöhen. Bereits erfolgreich wird dieses System u. a. in unserer Nachbargemeinde Forstern oder auch der Landeshauptstadt München genutzt.

Der Gemeinderat möge beschließen, am Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) pro Fahrtrichtung mindestens zwei gelbe Blinklichter anzubringen. Diese sollen durch einen Bewegungssensor von sich nähernden Fußgängern ausgelöst werden. Zudem soll die Polizeiinspektion Erding aufgefordert werden den Überweg stärker zu kontrollieren, falls die Signale der Schulweghelfer/-innen wieder zunehmend missachtet werden.

#### **Antrag 4: stationäre Geschwindigkeitsüberwachung**

Wie bereits beschrieben, stellt der Bereich des Fußgängerüberwegs ein Gefahrenschwerpunkt dar. Dieser könnte deutlich entschärft werden, wenn die Gemeinde gewährleisten könnte, dass die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h eingehalten werden würde. Dies wird sich nur mit ständiger Überwachung der gefahrenen Geschwindigkeiten – sprich einem festinstallierten Blitzer – realisieren lassen.

Rechtlich stützt sich unser Antrag auf § 24 des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und § 2 Abs. 3 der Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht (ZuVOWiG). Hier wird geregelt, dass neben der Landespolizei auch Gemeinden die Möglichkeit haben, Ordnungswidrigkeiten, die die Bestimmungen über die zulässige Höchstgeschwindigkeit von Fahrzeugen betreffen, zu verfolgen und zu ahnden. Auf gleicher Rechtsgrundlage werden schließlich auch Geschwindigkeitsmessungen mit mobilen Überwachungsgeräten durchgeführt. Außerdem ist das StVG ein Bundesrecht dessen Anwendung in allen Bundesländern identisch geregelt sein sollte. Keinem Autofahrer sollte es möglich sein, in anderen Bundesländern an vielen Ortseingängen mit stationären Geschwindigkeitskontrollen rechnen zu müssen und in Bayern lediglich auf vereinzelte mobile Kontrollen zu stoßen, die zudem mit ministerieller Duldung im Rundfunk gemeldet werden.

Der Gemeinderat möge beschließen, ein Konzept zum Betrieb einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung im Bereich des Fußgängerüberwegs zu entwickeln. Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss soll mit dieser Aufgabe betraut werden und sich mit der Polizei und der kommunalen Verkehrsüberwachung Südostbayern abstimmen.

Finanzielle Mittel zur Umsetzung der geforderten Maßnahmen sind im Haushalt 2015 dafür einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

SPD/Parteilose Bürger

Martin Kern

Robert Ulzhöfer

Hans-Peter Schäfer